



*»Sympathie  
mit dem  
Terror«*

**Die Linkspartei und ihr  
ungeklärtes Verhältnis  
zur Gewalt**

**D**er neue CSU-Generalsekretär **Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg** wirft der Linkspartei ein „völlig ungeklärtes Verhältnis zu Gewalt und Terrorismus“ vor. Seit Jahren sammelt und dokumentiert Guttenberg systematisch Fakten und Vorgänge, die belegen, wie die Erben Honeckers mit den Terrorbewegungen in aller Welt sympathisieren und zusammenarbeiten.

Über seine Recherchen sprach Karl-Theodor zu Guttenberg mit Joachim Schäfer.

**Das Magazin *Focus* behauptet, der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Altkommunist Wolfgang Gehrcke, ziehe Drähte zur FARC-Terrorarmee in Kolumbien, zu deren Entführungsoffern auch Ingrid Betancourt zählt. Können Sie diese Meldung bestätigen?**

Hierüber kann ich im Detail nur wenig sagen, da mein Büro nicht mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen ermittelt, sondern lediglich Verlautbarungen aus Parlament, internationalen Medien und Parteien analysiert und interpretiert. Allein diese vergleichsweise oberflächlichen Betrachtungen geben aber bereits erschreckende Einblicke in das Innenleben einer Partei, die sich aus Tradition wie aus machtpolitischem Kalkül dem „proletarischen Internationalismus“ und dem „antiimperialistischen bewaffneten Kampf“ offenbar weitaus mehr verpflichtet fühlt als den Werten des Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die FARC verfügt in Deutschland seit Jahren über ein linksextremistisches Unterstützermilieu, welches – soviel wissen wir heute – weit in die Partei DIE LINKE hineinragt. Die erste Auffälligkeit, die von meinem Büro wahrgenommen wurde, war die Intensität und die Verve, mit welcher die LINKE – und hierbei insbesondere besagte Herr Gehrcke – sich seit dem letzten Jahr des Themenkomplexes „Kolumbien“ angenommen haben. Die von der Linkspartei im Deutschen Bundestag gestellten parlamentarischen Anfragen und Anträge enthielten stets Forderungen nach einer Streichung der FARC von der Terrorliste der EU und einer De-facto-Legalisierung der Terrorgruppe FARC als völkerrechtlich legitime kriegsführende Partei. Ein denkwürdiger Beitrag der selbsternannten „Völkerrechtspartei“ DIE LINKE. Auch in den Zeitungen des mächtigen Medienapparats der ehemaligen SED wurde das Thema FARC – sozusagen flankierend – intensiv betrieben. Auf diese Tatsachen und die Forderungen der LINKEN haben wir bereits frühzeitig hingewiesen und diese kritisiert. Wir unterstrichen, dass sich DIE LINKE mit der Forderung nach einer Streichung der FARC von den Terroristen der EU die Forderungen der FARC zueigen machen und damit zudem eine in der Folge der Entkriminalisierung der Terroristen mögliche Betätigungsfreiheit von FARC-nahen Organisationen auch in Deutschland befördern würde. Unsere Einlassungen wurden von der LINKEN und ihren Medien seinerzeit erbittert und ungewöhnlich heftig bestritten. Man setze sich lediglich für einen „Friedensprozess“ ein, hieß es. Fakt ist, dass wenige Wochen später das Magazin *Der Spiegel* aus Ermittlungsdaten der Interpol zitierte, die bei einem getöteten FARC-Kommandanten gefunden wurden. Hier wird detailliert beschrieben, wie es zu persönlichen Treffen zwischen Gehrcke und Abgesandten der FARC kam. Hierbei wurde eine konzertierte Aktion zur Unterstützung der FARC vereinbart.

**Wie sollte die FARC unterstützt werden?**

Geplant waren nach einem *Spiegel*-Bericht unter anderem Aktionen der zum Medienapparat der LINKEN gehörenden linksextremen Tageszeitung *jungen Welt* und der PDS-Arbeitsgruppe „Lateinamerika“ zugunsten der terroristischen Organisation. Weitere Elemente, welche die LINKE zur Unterstützung der FARC einbringen sollte, bestanden aus den genannten parlamentarischen Aktivitäten, parteiinternem Lobbying und einer gezielten Kampagne in der ehemaligen FDJ-Tageszeitung *jungen Welt*. Diese Zeitung spielt eine besondere Schlüsselrolle in einem Netz-

werk, welches die LINKE in die linksextremistische Szene spinnt. Zahlreiche Abgeordnete der LINKEN und ihre Mitarbeiter sind dort als Redakteure oder Autoren tätig. In der *Jungen Welt* wird von Meinungsführern der LINKEN in maßgeschneiderter Kommunikation für eine linksextremistische Zielgruppe verlautbart, womit die Parteispitze der LINKEN nur bedingt öffentlich in Verbindung gebracht werden will. Gleichwohl weiß die Parteispitze von den im Umfeld der *jungen Welt* geknüpften Kontakten zum Linksextremismus und profitiert hiervon ganz entscheidend. Der rasche organisatorische Aufbau in den westdeutschen Ländern wäre ohne das rührige linksextremistische Bewegungsmilieu gar nicht möglich gewesen. Die Funktionärs- und Kandidatenlisten der LINKEN in Westdeutschland lesen sich wie ein Who is Who des Linksextremismus.

**Gleichwohl hat Oskar Lafontaine jüngst im ARD-Fernsehen behauptet, die FARC sei von der EU-Terrorliste längst gelöscht...**

Das war eine krasse und bewusste Fehlaussage, doch die Journalisten waren von der Situation gänzlich überfordert. Erst der *Spiegel* zieht Lafontaine eine Woche später als „Münchhausen der Woche“. Es ist wohlbekannt: Lafontaine arbeitet in seinem politischen Diskurs gezielt mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten, um seine Interviewpartner und das Publikum zu verwirren. Im vollen Brustton der Überzeugung werden vermeintliche Daten und Fakten herangezogen, die in der Realität keine Entsprechung finden. Da habe Angela Merkel schon mal in Moskau studiert, eine hohe Position in der FDJ gehabt und Deutschland habe die niedrigste Steuer- und Abgabenquote der EU, die man lediglich auf den europäischen Durchschnitt heben müsse, um alle sozialen Einschnitte der letzten Jahre wieder rückgängig zu machen. Dies alles ist schlichtweg falsch. Auch die Aussage, dass Deutschlands Isaf-Einsatz in Afghanistan völkerrechtswidrig sei, ist eine stetig wiederholte und bewusste Falschaussage zur Täuschung der Öffentlichkeit. Es ist unerträglich, wie der Parteivorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine, durch öffentliche Falschdarstellungen die Kooperation seiner Partei mit der kolumbianischen Terrororganisation FARC reinzuwaschen versucht. Lafontaine, der der Bundeswehr in Afghanistan Terrorismus vorwirft, behauptete im ARD Sommerinterview, die Europäische Union habe die FARC von ihren Terroristen gestrichen. Diese Behauptung ist jedoch eine dreiste Lüge: Die marxistische, drogenkriminelle Terrorarmee FARC ist nach wie vor auf den Terrorlisten der EU. Indes bleibt die De-facto-Legalisierung der FARC gemeinsames Anliegen von FARC und Linkspartei. Lafontaine zeigt mit seiner Billigung der Kooperation von DIE LINKE und FARC das peinlich ungeklärte Verhältnis seiner Partei zu politisch motivierter Gewalt und Terrorismus. Die Äußerungen Lafontaines lassen bezeichnende Rückschlüsse auf das Verhältnis der LINKEN zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Universalität der Menschenrechte zu. Eine Partei, die Terroristen unterstützt, muss weiterhin flächendeckend und als Ganzes vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

**Wie hält es die Linkspartei mit der in Deutschland verbotenen und als Terrororganisation eingestuften PKK?**

Die PKK weiß in Deutschland ein breites linksextremes Unterstützermilieu, darunter prominente Vertreter der Partei DIE LINKE an ihrer Seite. Dieses Treiben schließt laut Verfassungss-

## Terrororganisation

„Die marxistische, drogenkriminelle Terrorarmee FARC ist nach wie vor auf den Terrorlisten der EU.

Indes bleibt die De-facto-Legalisierung der FARC gemeinsames Anliegen von FARC und Linkspartei.“

(Karl-Theodor zu Guttenberg)

Foto: Frank Piasecki Poulsen



schutzberichten aus den 90er Jahren selbst Interaktionen der Unterstützer aus PDS-DIE LINKE mit ehemaligen Inhaftierten und Unterstützern aus der inzwischen aufgelösten RAF ein. Über den Zeitraum der letzten Jahre haben die Partei PDS, nun DIE LINKE, und die Fraktion der LINKEN verstärkt parlamentarische Anfragen und Anträge zum Themenkomplex PKK lanciert. Im Februar 2001 etwa stellte die Fraktion der Linkspartei-Vorgängerin PDS in einer Kleinen Anfrage fest, dass die PKK ihre bewaffneten Kräfte „weitestgehend aus der Türkei in den Nordirak abgezogen“ habe und fragte, ob es aufgrund dieses neuen Kurses der kurdischen Separatisten Überlegungen der Bundesregierung gebe, „das bestehende PKK-Verbot aufzuheben“. Von prominenten Vertretern der Linken wurde in der Vergangenheit immer wieder die „Streichung der PKK von der Terrorliste der EU“ gefordert. Erst anlässlich der Entführung dreier deutscher Bergsteiger vor wenigen Monaten wurde ein entsprechender Bundestagsantrag der LINKEN von der Fraktionsspitze offensichtlich gegen den Willen der Initiatorin, der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, zurückgezogen. Jelpke und ihr Mitarbeiter meldeten diesbezüglichen „Diskussionsbedarf“ mit der Parteispitze an. Diese Position wird bis heute aufrechterhalten. Abgesehen von der grundsätzlichen Identifikation gewisser Exponenten der LINKEN wird das Thema Kurdistan und PKK von der LINKEN als Gesamtpartei ganz offensichtlich als bedeutsam für die Mobilisierung eines nicht zu verachtenden Wählerreservoirs erachtet. Hier gibt es deutliche Analogien zum Fall FARC mit dem Unterschied, dass in Deutschland zahlreiche kurdischstämmige PKK-Unterstützer wahlberechtigt sind.

### Also nimmt die PKK bereits Einfluss auf die Politik der Linkspartei...

Der Einfluss der PKK und deren Unterstützerorganisationen reicht bis in die Bundestagsbüros der LINKEN in Berlin. Eine besondere Koordinatorenrolle spielt scheinbar das Büro der Abgeordneten Ulla Jelpke, die als innenpolitische Sprecherin der Frak-

tion DIE LINKE fungiert. Ihr persönlicher Mitarbeiter, Nikolaus Brauns, dient ohne jeden Zweifel als Bindeglied zur PKK-Unterstützerszene. Brauns, der auch als Pressesprecher des – dem Verfassungsschutz wohlbekannten – Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin fungiert, unterstrich in einer Verlautbarung: „Wir sind der Meinung, dass die PKK einen völkerrechtlich legitimen Kampf für die demokratischen Rechte der Kurden führt.“ Das Kurdistan-Solidaritätskomitee, das sich nach eigenen Worten für ein „Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes“ einsetzt, fordert unter anderem die Freilassung des früheren PKK-Chefs Abdullah Öcalan. Zudem kritisiert das Komitee die „Beihilfe des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft zur fortdauernden Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden“. Jelpke sieht diese Position ihres Mitarbeiters als „unproblematisch“ an. Sie geht auch weiterhin davon aus, „dass Herr Brauns ähnliche Positionen vertritt wie ich“ („PKK-Kidnapping zwingt Linksfraktion zu Kurskorrektur“ in: *Spiegel Online* am 16.07.2008/d. Red.). Brauns schreibt auch für die linksextremistische Tageszeitung *jungen Welt*. Aus Internetrecherchen geht hervor, dass Brauns mit der Roten Hilfe e.V., die unter anderem Beistand für Ex-RAF-Terroristen und gewaltbereite Autonome organisiert, in Verbindung steht. Der Einfluss von Herrn Brauns auf die inhaltliche Arbeit des Abgeordnetenbüros ist offensichtlich beträchtlich. Auch besagte Frau Jelpke betreibt Lobbyarbeit für die sogenannte Informationsstelle Kurdistan e.V., kurz ISKU.

### Trifft es zu, dass es regelmäßige Treffen von Vertretern der Linkspartei mit Abgeordneten der in Spanien verbotenen Batasuna-Partei, dem politischen Arm der ETA, gibt?

Analog zu Ulla Jelpkes Engagement für die PKK und Wolfgang Gehrckes Kontakte zur FARC übernimmt der Europaparlamentarier Helmut Markov von der Linkspartei offenbar die Koordinatorenrolle gegenüber dem Unterstützermilieu der baskischen Terroristengruppe ETA und ihrem nun verbotenen politischen Arm Batasuna. Auch der Ex-PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried

Wolf und Ulla Jelpke trafen mehrfach Batasuna-Delegierte. Wie bei den Kontakten zu FARC und PKK übernimmt auch hier die PDS-nahe Tageszeitung *jugen Welt* die Rolle des publizistischen Sprachrohrs, das vermeintlich unabhängig von der Partei, die Unterstützung einer linksextremistischen Szene in Deutschland koordiniert und meinungsbildend Lobbyarbeit betreibt. In der *jugen Welt* kommen unter anderem die Protagonisten der politischen Arme der Terrorgruppen selbst zu Wort. Sie erhalten eine wohlfeile Tribüne. Markov selbst pflegt nach eigenen Angaben enge persönliche Kontakte zum Marxisten Otegi, der als ehemaliger Vorsitzender der verbotenen ETA-Partei Batasuna eine „Schlüsselfigur“ in der ETA darstellt. Markov reiste zu einem Solidaritätsbesuch ins Baskenland, besuchte Otegi in Haft und präsentierte gemeinsam mit Jonan Lekue, einem „Delegierten“ von Batasuna in Europa, Otegis Buch einem deutschen Publikum (vgl. Interview mit Helmuth Markov in: *Neues Deutschland* vom 3.12.2007/d. Red.). Veranstaltungsort war die Ladengalerie der *jugen Welt* in Berlin-Mitte. Jonan Lekue, Anwalt und Aktivist der „baskischen patriotischen Linken“ betont zudem, Batasuna habe vor etwa einem Jahr „ein Projekt einer europäischen linken Allianz gegen die Europäische Union“ konzipiert. Kontakte bestünden auch zur PDS. Auch Otegi selbst wurde bereits zum Rosa-Luxemburg-Kongress eingeladen, konnte aber wegen eines Ausreiseverbotes lediglich eine Grußbotschaft sprechen.

**Sie dokumentieren eine Internetäußerung des Abgeordneten Norman Paech, ein Ja zum Existenzrecht Israels könne „nur am Ende eines Verhandlungsprozesses stehen“. Können Sie Kontakte der Linkspartei zur palästinensisch-islamistischen Hamas und der ebenso israelfeindlichen Hizbollah im Libanon nachweisen?**

In der Tat gibt es Hinweise auf Kontakte. Der Bundestagsabgeordnete Gehrcke müht sich um Kontakte zur Hamas. Er lud deren Vertreter zu einem Kongress nach Berlin. Das ehemalige WASG-Vorstandsmitglied Christine Buchholz verharmloste wiederholt die Hizbollah. Buchholz ist heute Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes der LINKEN. Die LINKE trägt maßgeblich zur Enttabuisierung antisemitischer und islamistischer Bewegungen bei. Die LINKE bleibt aus Tradition heraus antizionistisch und antiisraelisch. Schüchterne Versuche von Gregor Gysi, die unnachgiebig antizionistische und antiisraelische Haltung der Linkspartei nach außen zu flexibilisieren, wurden in der Partei erbittert und mit unverhohlenen antisemitischem Unterton zurückgewiesen. Für uns steht fest: Eine Partei, die Israels Existenzrecht in Frage stellt, mit islamistischen Gruppierungen und offen mit Antisemitismus kokettiert, eine Partei, die Terrorgruppen huldigt, kann und darf in Deutschland niemals Verantwortung tragen.

**Ist die „fortschreitende Radikalisierung“ der Linkspartei darauf angelegt, das linksextremistische Milieu – Stichwort Antifa – politisch an die Partei zu binden?**

Definitiv! Die Linkspartei weiß, dass dieses Milieu insbesondere in den westdeutschen Ländern ein wesentlicher Mobilisierungsfaktor ist. Alte Genos-

sen und junge Linksextremisten sollen im Vorfeld der Linkspartei zu einem schlagkräftigen Netzwerk zusammengefasst werden.

**Überrascht es Sie, dass Ihre Erkenntnisse in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz keine Würdigung finden?**

Der bayerische Verfassungsschutz schläft nicht. Wir müssen aber wahrnehmen, dass die LINKE, wo immer sie eine gewisse politische Relevanz erlangt, aus dem Fokus des Verfassungsschutzes zu geraten droht. Meist ist eine Einstellung jeder Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter eine Auflage für Kooperation, wie man derzeit in Hessen sieht. Ypsilanti scheint keine Skrupel zu haben, diese Bedingung zu akzeptieren. Dies, obwohl in der hessischen LINKEN wüste Linksextremisten das Wort führen. In diesem Zusammenhang darf die neu gewählte Landtagsabgeordnete Janine Wissler genannt werden, die sich als Trotzkistin bezeichnet und wie auch Frau Buchholz aus der unsäglichen und stark antiisraelischen Gruppierung „Linksruck“ kommt. Seit Juni 2007 ist sie Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE.

**Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Ihre Recherchen sowohl in den elektronischen als auch den Printmedien – vom Magazin Focus einmal abgesehen – so wenig Beachtung finden?**

Das Thema wird ja nicht totgeschwiegen. Auch der *Spiegel* und die *FAZ* haben immer wieder über das Thema berichtet. Herr Wulff, Herr Pofalla und insbesondere Herr Huber haben immer wieder auf Erkenntnisse in diesem Kontext zurückgegriffen. Das Phänomen DIE LINKE und die absolute Kaltschnäuzigkeit ihrer Akteure stellen aber eine gänzlich neue Herausforderung für uns alle dar. Die Wählertäuschung der LINKEN verfängt jedoch auch in Teilen bei den Medien. Die fernsehtauglichen Galionsfiguren blenden durch wachsweiße und manchmal unwidersprochen falsche Aussagen. Drohen Lafontaine und Gysi den Journalisten mit Liebesentzug, bleibt dies manchmal nicht ohne jede Wirkung. DIE LINKE versteht es sehr geschickt, sich durch Klagen und gespielte Empörung Spielräume zu verschaffen. ■



## Extremisten

*„Das Phänomen DIE LINKE und die absolute Kaltschnäuzigkeit ihrer Akteure stellen eine gänzlich neue Herausforderung für uns alle dar.“*

*(Karl-Theodor zu Guttenberg)*